

*Rot-Rote oder Rot-Rot-
Grüne Regierungs-
Mehrheiten in den
Bundesländern organisieren!*

Michael Frank

www.michael-frank.eu

Impressum

Titel: Rot-Rote oder Rot-Rot-Grüne Regierungs-Mehrheiten in den Bundesländern organisieren!

Autor: Michael Frank, www.michael-frank.eu, PND 142082090, <http://d-nb.info/gnd/142082090>

Verlag und Druck: Michael Frank, www.michael-frank.eu

Umschlaggestaltung: Michael Frank, www.michael-frank.eu

Ort und Jahr: Berlin, 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Rot-Rote oder Rot-Rot-Grüne Regierungs-Mehrheiten in den Bundesländern organisieren!

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 31. März 2012

In diesem Essay möchte ich begründen, warum ich es für notwendig halte, in den Bundesländern wo immer es geht Rot-Rote oder Rot-Rot-Grüne Regierungen zu organisieren. Ich beziehe mich dabei, um einen Aufhänger für meine Argumentation zu haben, auf einen Artikel eines der beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE., Klaus Ernst aus dem Tagesspiegel vom 29. März 2012. Dieser schreibt hier unter der Überschrift „Mehrheit ohne Macht“ zunächst:

„Was haben Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und demnächst auch das Saarland gemeinsam? Diese Bundesländer werden von Koalitionen aus SPD und CDU regiert, obwohl rot-rote Regierungen möglich wären, auf der Basis größerer Gemeinsamkeiten. Vier der fünf Koalitionen wurden innerhalb des vergangenen Jahres beschlossen. Der Trend ist klar: Die große Koalition wird von der Ausnahme zur Regel, weil die SPD nicht bereit ist zu akzeptieren, dass links von ihr eine stabile demokratische politische Kraft entstanden ist und im Zweifel auf die Umsetzung ihres Programms verzichtet, um eine Regierungsbeteiligung der Linken zu verhindern.“¹

Nun ja, zwar ist in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und im Saarland eine Rot-Rote Zusammenarbeit rechnerisch möglich, aber in Berlin war das, um den Autor zu berichtigen, leider nicht mehr der Fall. Das ist bedauerlich, da der Rot-Rote Senat hier viele Jahre lang eine sozial ausgewogene, ökologisch nachhaltige und ökonomisch rationale Politik zugunsten unserer BürgerInnen betrieben hat. Dabei war die PDS und DIE LINKE. ein Garant für eine stabile Regierungsmehrheit.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern gab es ja bereits eine Rot-Rote Zusammenarbeit. Aber: Die Führungsgremien der SPD können keine Koalitionsentscheidung ohne den Willen der Parteimitglieder treffen.

In dem Artikel folgt etwas politische Polemik und dann ein Verweis auf die Erfolge in der Finanzpolitik- und Wirtschaftspolitik:

„In Berlin wurde unter großen Opfern mit dem Abtragen des Schuldenbergs begonnen. Mecklenburg-Vorpommern wurde 2006 nach acht Jahren Rot-Rot mit einem ausgeglichenen Landeshaushalt übergeben. Und Brandenburg, wo ein linker Finanzminister regiert, hat im Jahr 2011 erstmals einen ausgeglichenen Haushalt.“²

Das war zu erwarten. Denn die linken Protagonisten der Landesregierung, in Berlin etwa Senator Harald Wolf, aber auch Klaus Lederer, haben immer geäußert, dass eine Politik der Haushalts-Konsolidierung sozialer ist, als neue Schulden aufzunehmen. Denn: Die Mittel der öffentlichen Hand sind in einer freien Marktwirtschaft, einer kapitalistischen Wirtschaft das einzige Kapital, das in soziale Zwecke, etwa zur sozialen Daseinsvorsorge für die Bürger investiert wird.

Jetzt beklagt Klaus Ernst das Versagen der SPD, sowohl als Regierungs- als auch als größte Oppositionspartei. Gut. Diese politische Attacke mag legitim sein, es wäre doch aber auch nett,

1 Ernst, Klaus: Mehrheit ohne Macht, in: tagesspiegel Nr. 21 289 vom 29. März 2012, S. 8

2 Ebd.

wenn zumindest dabei berücksichtigt werden würde, dass für Änderungen, die die Bundespolitik betreffen, auch immer eine Mehrheit im Bundesrat nötig ist. Diese Mehrheit hatte die Regierung Schröder bereits in ihrer gesamten letzten Legislaturperiode nicht mehr, und dass mit der CDU keine Veränderungen möglich sind, weil sie sich lediglich darauf beschränkt die gesamte Bevölkerung mit „christlicher Zucht“, neoliberaler Gesinnung und Durchhalteparolen zu beglücken, ist uns Linken doch allen bekannt, egal ob mit SPD-, Grünen- oder Linken-Parteibuch.

Ich habe keinen Zweifel daran, dass in den Ländern, in denen eine Mehrheit für Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün besteht auch eine konstruktive Regierung möglich wäre. Das gilt trotz meiner persönlichen Kritik an Oskar Lafontaine ausdrücklich auch für das Saarland. Aber: Man darf doch auch die Linke etwas kritisieren, sie möge realistischer werden mit ihren Forderungen. Wie ist es zum Beispiel in der Bundespolitik mit Außen- und Sicherheitspolitik oder der Verteidigungspolitik. Hier kann man doch durchaus Zweifel haben, ob DIE LINKE immer kompromissbereit ist.

Weiterhin schreibt Klaus Ernst:

„Demokratie lebt von Opposition. Eine Opposition, die ihrer Rolle nicht gerecht wird, macht Wahlen zur Nebensache.“³

Nun, es ist schon etwas Hurra-Philosophie, wenn Opposition auf diese Weise idealisiert wird. Ich denke, das zeigt doch sehr bildlich, dass man sich einigelt in der Angst davor, zu den gegebenen Realitäten in der Außen- und Sicherheitspolitik und in der Verteidigungspolitik Stellung nehmen zu müssen.

Auf Bundesebene, sprich in der Linksfraktion im Bundestag ist aktuell einfach bei mindestens 10 Abgeordneten der Linksfraktion nicht klar, ob sie weiter aus blanker Ideologie an antisemitischer Gesinnung und Solidaritätsbekundungen mit autoritären Regimen festhalten und damit eine Regierungsbeteiligung der Linken unmöglich machen wollen, oder ob es, wenn man sich zurecht(!) gegen völkerrechtswidrige und verfassungswidrige imperiale Kriege wie in Afghanistan, Jugoslawien, den Irak oder den drohenden Angriff auf den Iran stellt, nicht auch möglich ist friedens erzwingende Maßnahmen zu befürworten, wenn das deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen und dem Weltfrieden dienlich ist.

Mein Fazit bleibt daher: In allen den genannten Ländern wäre, die Zustimmung der SPD-Parteibasis, der Parteibasis der Grünen und der Parteibasis der Linkspartei vorausgesetzt, eine Regierungsbildung durch Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün möglich und auch tragfähig über mehr als eine Legislaturperiode. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese ebenso erfolgreich eine soziale, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Politik betreiben, wie das in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bereits der Fall war und in Brandenburg der Fall ist. Rot-Rote oder Rot-Rot-Grüne Regierungsmehrheiten müssen zum Wohle der Menschen organisiert werden. Für mich persönlich wäre es dabei auch kein Hindernis für eine Regierungsbildung, wenn die SPD in einer rot-roten Konstellation der Junior-Partner ist, wie möglicherweise in Sachsen-Anhalt oder Thüringen. Ich halte sowohl den Linke-Spitzenkandidaten Bodo Ramelow aus Thüringen, als auch den Spitzenkandidaten Wulf Gallert aus Sachsen-Anhalt für linke Demokraten, die jederzeit organisatorisch und intellektuell in der Lage sind, Ministerpräsidenten zu werden. Aber die Mehrheit der SPD-Parteibasis teilt diese Ansicht aufgrund der Deutschen Geschichte, einigen inhaltlichen Differenzen und persönlicher Eitelkeiten nicht. Und die SPD ist und bleibt eine demokratische Partei. Deshalb ist es richtig, weiterhin Gespräche und einen offenen Diskurs über inhaltliche Streitpunkte zu führen, damit niemand in der Parteibasis der SPD, der Grünen und der

3 Ernst, Klaus: Mehrheit ohne Macht, in: tagesspiegel Nr. 21 289 vom 29. März 2012, S. 8

Linken sich im Falle einer Regierungsbildung übergangen fühlt.

Auf Bundesebene habe ich Kritikpunkte an politischen Positionen einzelner Abgeordneter der Linksfraktion und an für mich falschen Positionen bereits in mehreren Publikationen genannt.⁴ Ich lasse mich nicht in eine Bundesregierung erpressen von Abgeordneten, die offen oder verdeckt mit islamistischen Terroristen sympathisieren und kollaborieren, die Israel mit der Vernichtung drohen und durch ihr Gutmenschen-tum oder autoritäre Gesinnung den Weltfrieden gefährden. Mit Antisemiten gibt es keine Kooperation.

Das Problem ist, dass DIE LINKE. sich selbst politisch isoliert, wie der ehemalige Linken-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus Carl Wechselberg es in einem Interview beschrieb:

„Nach 18 Jahren bin ich zutiefst frustriert über die Entwicklung meiner Partei. Ich halte die Ausrichtung, die vor allem Oskar Lafontaine und die West-Linken bestimmen, für außerordentlich populistisch und sektiererisch. Diese Linke macht den großen Fehler, eine krude Kapitalismuskritik zu betreiben und die SPD und die Grünen zu dämonisieren. [...] Über Monate hat die Linke berechtigterweise eine interventionistische Strategie des Staates zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise gefordert. Dann kommt ein solches Konjunkturpaket, und die Linke hat nichts Besseres zu tun, als es in Bausch und Bogen zu verdammen. Das ist eine Politik der ideologischen Bekenntnisse und Maximalforderungen, die nicht einlösbar sind. So stellt man sich bündnis- und politikunfähig in die Ecke.“⁵

So kann man keine Verhandlungen führen. Letztlich sind viele Forderungen der LINKEN zwar berechtigt und nachvollziehbar, wenn man bei sozialer Gesinnung bleibt, aber nicht kurz- und mittelfristig real umsetzbar, zum einen weil es keine Mehrheit dafür in Bundestag und Bundesrat gibt, zum anderen weil auch der Bundeshaushalt nicht so viel Einnahmen hergibt.

Letztlich würde hierdurch die SPD in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn politische Programmpunkte, die bei objektiver Betrachtung illusorisch sind, nicht umgesetzt werden können. Deshalb sollte die Linksfraktion und auch die Linkspartei sich bei ihren Versprechungen mäßigen, zum einen um ihrer eigenen Erfolgchance bei den Wählern willen, zum anderen um auch der SPD und den Grünen etwas entgegenzukommen. In diesem Sinne stünde auch Rot-Rot-Grün im Bund nichts im Wege.

4 Siehe hierzu etwa: Frank, Michael: Wie DIE LINKE. ihr Wählerpotential verschenkt, in: michael-frank.eu vom 11. Februar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-02-11-Wie-DIE-LINKE-ihr-Waehlerpotential-verschenkt.pdf>, oder auch: Frank, Michael: Zur Beobachtung von Abgeordneten der LINKEN, in: michael-frank.eu vom 03. Februar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-02-03-Zur-Beobachtung-von-Abgeordneten-der-LINKEN.pdf>, oder auch: Frank, Michael: Linke Solidarität mit Syrien und Iran?, in: michael-frank.eu vom 30. Januar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-01-30-Linke-Solidaritaet-mit-Syrien-und-Iran.pdf>, oder auch: Frank, Michael: Linksruck/Marx21 – Ein antisemitischer Störtrupp, in: michael-frank.eu vom 23. März 2009, online unter: <http://www.michael-frank.eu/wp-content/uploads/2010/04/2009-03-23-Linksruck-Marx21-Ein-antisemitischer-Stoertrupp.pdf>

5 Zawatka-Gerlach, Ulrich: Linke-Politiker Carl Wechselberg - "Das ist populistisch und sektiererisch", in: Der Tagesspiegel Online vom 07. Mai 2009, online unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/linke-politiker-carl-wechselberg-das-ist-populistisch-und-sektiererisch/1505270.html>

Quellenverzeichnis

Ernst, Klaus: Mehrheit ohne Macht, in: tagesspiegel Nr. 21 289 vom 29. März 2012, S. 8

Frank, Michael: Linke Solidarität mit Syrien und Iran?, in: michael-frank.eu vom 30. Januar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-01-30-Linke-Solidaritaet-mit-Syrien-und-Iran.pdf>

Frank, Michael: Linksruck/Marx21 – Ein antisemitischer Störtrupp, in: michael-frank.eu vom 23. März 2009, online unter: <http://www.michael-frank.eu/wp-content/uploads/2010/04/2009-03-23-Linksruck-Marx21-Ein-antisemitischer-Stoertrupp.pdf>

Frank, Michael: Wie DIE LINKE. ihr Wählerpotential verschenkt, in: michael-frank.eu vom 11. Februar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-02-11-Wie-DIE-LINKE-ihr-Waehlerpotential-verschenkt.pdf>

Frank, Michael: Zur Beobachtung von Abgeordneten der LINKEN, in: michael-frank.eu vom 03. Februar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-02-03-Zur-Beobachtung-von-Abgeordneten-der-LINKEN.pdf>

Zawatka-Gerlach, Ulrich: Linke-Politiker Carl Wechselberg - "Das ist populistisch und sektiererisch", in: Der Tagesspiegel Online vom 07. Mai 2009, online unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/linke-politiker-carl-wechselberg-das-ist-populistisch-und-sektiererisch/1505270.html>